»Auch Führungskräfte sollen in die Gewerkschaft eintreten«

Interview mit Oberfinanzpräsident Ulrich Müting (NRW)

Was hat Sie veranlasst, Mitglied der DSTG zu werden?

Vor dreißig Jahren bin ich eingetreten, weil ich die Sachlichkeit der Fachgewerkschaft geschätzt habe. Die DSTG ist ideologiefrei. Was sachlich unserer Verwaltung dient, finde ich gut. Also bin ich Mitglied geworden. Ich schätze die DSTG auch deshalb, weil sie den Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stets herzustellen versucht. So verstehe ich sinnvolle Gewerkschaftsarbeit. Meine Mitgliedschaft habe ich bis heute nicht bereut. In jedem großen Betrieb bedarf es einer starken Arbeitnehmervertretung, weil die Arbeitnehmer das Rückgrat sind. Arbeitnehmer haben berechtigte Interessen, die artikuliert werden müssen.
Es ist eines der Erfolgsmodelle der Bundesrepublik überhaupt, dass wir so vernünftige, so staatstragende Gewerkschaften haben.

Haben sich die Erwartungen, die Sie damals hatten, für Sie erfüllt?

Ja, die haben sich erfüllt, und ich sehe das heute noch genau so. Und heute bin ich ja viel mehr ein Insider als damals.

Sehen Sie einen Widerspruch zwischen Mitgliedschaft in der DSTG und der Wahrnehmung von Führungs- /Leitungsaufgaben in der Finanzverwaltung?

Nein, nach einem modernen Verständnis von Führungshandeln halte ich das nicht für einen sich ausschließenden Gegensatz.

Viele - gerade Jüngere - Angehörige des höheren Dienstes meinen, dass sich beides ausschließe bzw. von der Verwaltungsspitze argwöhnisch betrachtet wird. Ist das richtig?

Nein, ich betrachte das nicht argwöhnisch. Im Gegenteil, ich animiere unsere jungen Juristen und Juristinnen, die zukünftig in Führungspositionen nachrücken, in die Gewerkschaft einzutreten. Dort lernen sie unsere Verwaltung aus dem Blickwinkel der Mitarbeiter kennen. Die Arbeit innerhalb einer Gewerkschaft ist mithin Erkenntnisquelle, und das kann doch für eine umfassende Führungsaufgabe nur von Vorteil sein. Ich will aber nicht ausschließen, dass es Vorgesetzte gibt, die das anders sehen. Ich kann nur raten, genau hinzusehen, was die Gewerkschaften fordern, was sie für Ansichten vertreten, wie sachlich und vernünftig sie in unserer Verwaltung agieren.

Können Sie sich vorstellen, dass es von der Verwaltungsspitze und den Vorgesetzten nicht gerne gesehen wird, wenn sich Junger höherer Dienst gewerkschaftlich engagiert?

Ich befürworte es, wenn sich junge Juristen als Führungskräfte auch aktiv gewerkschaftlich engagieren - übrigens auch parteipolitisch. Man nimmt Standpunkte ein und das ist Ausdruck von persönlichem und fachlichem Standing.

Wir haben es auch immer wieder durch prominente Beispiele in NRW und anderen Ländern erlebt, die keine Nachteile durch gewerkschaftliches oder sonstiges gesellschaftliches Engagement hatten. Jedes gesellschaftliche Engagement ist ein Ausweis, dass man über seinen Tellerrand hinwegsieht. Es ist ja heute leider immer seltener, dass man sich für das Gemeinwesen einsetzt. Es ist eine Auszeichnung, wenn man das tut, und ich kann das nur unterstützen.
Gerade der höhere Dienst ist leider gewerkschaftlich nicht so stark eingebunden. Woran das liegt, weiß ich nicht, aber ich würde mir wünschen, dass wir mehr Kollegen im höheren Dienst hätten, die sich gesellschaftlich einbringen.

Wie wichtig ist höherer Dienst in Personalräten?

Sehr wichtig. Die Personalräte sollten die gesamte Breite, die gesamte Soziologie einer Verwaltung vertreten. Dazu zählt selbstverständlich auch der höhere Dienst. Der höhere Dienst hat mit seinen Führungsaufgaben einen wichtigen Anteil in unserer Verwaltung und sollte also auch in Personalräten vertreten sein. Und das ist überhaupt kein Karrierehindernis. Wer das behauptet, behauptet etwas, was er an keinem einzigen Beispiel nachweisen kann. Vorbehalte kommen da aus einem alten überkommenen Verständnis.

Wie sieht Ihrer Meinung nach - vor dem Hintergrund des nicht abnehmenden Einspardruckes (Zusammenlegung von Dienststellen, Personalkostenbudgetierung, etc.) die Zukunft des höheren Dienstes aus?

Die Situation wird nicht besser für den höheren Dienst. Das muss man deutlich sagen. Ich sehe die Situation gemischt. Da ist auf der einen Seite der Spardruck. Es fallen hochwertige Positionen weg. Das wirkt sich aus. Es wird aber auch der höhere Dienst immer kleiner, weil wir immer weniger einstellen. Auf der anderen Seite ist aber unsere Verwaltung äußerst attraktiv für den höheren Dienst, weil die Verwendungsbreite so enorm groß ist. Die Einsatzgebiete wie z.B. im Finanzamt, im Prüfungsbereich der GKBP, bei den STRAFA- Ämtern, der OFD, im Lehrbereich sind vielfältig. Auch erhält der junge Jurist eine gute zusätzliche Einweisung.
Wer veränderungsbereit ist, wird ein steuerrechtlicher und organisatorischer Allrounder. Das ist sehr attraktiv. Der höhere Dienst darf im Übrigen nicht zu groß sein. Das war er einmal. Wir brauchen in den Ämtern nicht sieben oder acht Juristen. Aber er darf auch nicht zu klein sein. Der höhere Dienst ist ja auch Nachwuchsreservoir für Ministerien und Gerichte. Man muss dafür sorgen, dass die guten Leute in absehbarer Zeit in Führungspositionen hineinkommen.

Womit muss ein heute in die Verwaltung eintretender RR z.A. im Hinblick auf seine Fortentwicklung rechnen?

Es wird nicht mehr jeder Vorsteher. Der Wettbewerb untereinander wächst. Ich kann den jungen Juristinnen und Juristen nur raten, Veränderungsbereitschaft innerhalb unserer Verwaltung zu zeigen, kritisch zu sein und eigene Standpunkte zu vertreten. Die Beförderungsentwicklung kann man nicht vorhersagen, aber die Einsatzvielfalt ist immer noch ein Markenzeichen unserer Verwaltung.

Ist auch In Zukunft gewährleistet, dass das ausgewogene Verhältnis zwischen Laufbahnbeamten und Aufstiegsbeamten im höheren Dienst bestehen bleibt?

Ja, ganz eindeutig ja. Wobei ich den Aufstieg für wichtig halte. Wir holen sehr gute Leute mit großer Fachkompetenz hoch, und diese Mischung ist wichtig. Wichtig ist jedoch auch, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Laufbahn- und Aufstiegsbeamten zu erhalten. Der Jurist darf nicht zum Exoten in unserer Verwaltung werden.

Halten Sie die Besoldungsstruktur im höheren Dienst in der Finanzverwaltung noch für zeitgemäß?

Das ist eine akademische Frage. Es gibt Brüche in der Struktur, aber ich kann mir bei der gegenwärtigen Lage der Haushalte nicht vorstellen, dass die ausgebügelt werden können.

Das Interview führten die Mitglieder des Arbeitskreises 'höherer Dienst' (NRW) Michael Baxpehler und Nicole Brügge.